



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Verflechtungen der Identitären Bewegung mit Parteien im Freistaat

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu berichten, inwieweit sie Kenntnisse über personelle Verflechtungen zwischen Mitgliedern der Identitären Bewegung (IB) und politischen Parteien in Bayern hat, ob Mitglieder der IB in Bayern an Parteiveranstaltungen teilgenommen haben (unter Angabe der Veranstaltung, Datum, Thema, Partei) und wie viele Mitglieder der IB sie als gewaltbereit einstuft.

Begründung:

Seit Juli 2019 wird die IB auch vom Bund als rechtsextremistisches Beobachtungsobjekt eingestuft. Der Fokus der IB auf eine geschlossene, „homogene“ europäische Kultur als zentrales Merkmal einer Gemeinschaft steht im Widerspruch zum freiheitlichen Wesen unseres Grundgesetzes, das die Menschenwürde als Fixpunkt definiert. Die verschiedenen Gruppierungen der IB in Bayern gehören zu den mitgliederstärksten in Deutschland. Um weiteren politischen Handlungsbedarf abschätzen zu können, sind Kenntnisse über den aktuellen Entwicklungsstand der IB notwendig.